

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Freitag, 16.12.2016

Ort: Rathaus, Raum A 1.63, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Dr. Sebastian Vollbrecht - CDU

Mitglieder

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

Frau Susanne Hahn - SPD

Frau Anke Kaphammel - CDU

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Herr Gunnar Scherf - AfD

Vertretung für: Ratsfrau vom Hofe

Herr Kurt Schrader - CDU

Frau Simone Wilimzig-Wilke - SPD

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

weitere Mitglieder

Herr Dr. Volker Eckhardt -

Frau Edith Grumbach-Raasch -

Herr Mirco Hanker -

Frau Sigrid Herrmann -

Frau Antje Maul -

Herr Björn Walter - Stadtheimatspfleger

Verwaltung

Frau Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV

Herr Dr. Stefan Malorny – FBL 41

Herr Dr. Henning Steinführer – RefL 0414

Frau Heidemarie Anderlik – stellv. RefL 0413

Protokollführung

Herr Daniel Kösters - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Frau Anneke vom Hofe - AfD

entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel -

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.11.2016 | |
| 3 | Haushalt 2017
Entwurf und Änderungsanträge 2017 | 16-03436 |
| 3.1 | Mehrbedarf für die Beteiligung an den Betriebskosten des Staatstheaters Braunschweig für das Haushaltsjahr 2017 und fortfolgende | 16-03491 |
| 4 | Mitteilungen | |
| 4.1 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 4.1.1 | Bilanz Lichtparcours Braunschweig 2016 | 16-03328 |
| 4.1.2 | Soziokulturelles Zentrum: Aktueller Sachstand | 16-03418 |
| 4.1.3 | Sachstand: Weiteres Verfahren "Garten der Erinnerung - Roselies" | 16-03413 |
| 4.1.4 | Gedenkstätte Schillstraße: Aktueller Sachstand | 16-03454 |
| 5 | Anträge | |
| 6 | Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil:

- 7 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- 8 Mitteilungen
- 9 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende stellt zu Beginn der Sitzung fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Er schlägt vor, die unter TOP 3.1 genannte Mitteilung Nr. 16-03491 unter dem TOP 3 nach den finanzunwirksamen Anträgen der Fraktionen zu behandeln.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.11.2016

Protokollnotiz:

Nach Wortmeldung von Ratsherr Sommerfeld wird der unter TOP 6.1 vor dem Beschlusstext eingefügte Absatz der Niederschrift wie folgt geändert:

"Es handelt sich bei diesem Änderungsantrag um einen gemeinsamen Antrag der Fraktion DIE LINKE und der BIBS-Fraktion."

Überdies weist Frau Bürgermitglied Maul darauf hin, zur letzten Sitzung entschuldigt worden zu sein. Die Verwaltung sagt zu, diesen Nachtrag zum Protokoll zu nehmen.

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 6 Nein: 0 Enth.: 4

3. Haushalt 2017 Entwurf und Änderungsanträge 2017

16-03436

Anlage 1.3 [Anfrage/Anregung Nr. A 013 der Fraktion DIE LINKE]:

Auf Nachfrage von Ratsherrn Sommerfeld teilt Fr. Anderlik mit, dass die zusätzlich eingestellten Mittel in Höhe von 31.000 € zur Herrichtung der zusätzlichen Depoträume erforderlich seien. Fr. Dr. Hesse ergänzt, dass dieser Bedarf erst kurzfristig dazu gekommen sei, so dass eine Aufnahme in den Haushaltsplanentwurf nicht mehr rechtzeitig erfolgen konnte.

Anlage 1.4 [Anfrage/Anregung Nr. A 014 der AfD-Fraktion]:

Ratsherr Scherf bedankt sich für die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung, könne aber die konkreten Ziele, die mit der Förderung verbunden sind, nicht erkennen. Als Beispiel führt er die Brunsviga an, die einen überregionalen Bezug habe und sowohl für Bildungsbürger, als auch für Kinder und die Arbeiterschaft ein abwechslungsreiches Programm biete. Fr. Dr. Hesse teilt mit, dass es eine Definitionsfrage sei, welche Ziele gemeint seien. Man müsse grundsätzlich zwischen Verwendungsnachweis und Wirtschaftlichkeit unterscheiden. Die Ziele als solche seien von den Institutionen in den jeweiligen Anträgen definiert. Mit der Kon-

trolle des Verwendungsnachweises könne die Wirtschaftlichkeit im eigentlichen Sinne nachvollzogen werden. Fr. Dr. Hesse weist darauf hin, dass – losgelöst vom jeweiligen Bildungsstand – alle geförderten Einrichtungen überregional bekannt seien. Auf Nachfrage stellt sie noch einmal klar, dass die geförderten Einrichtungen jährlich evaluiert und Veranstaltungen besucht würden, um einen entsprechenden Eindruck zu erhalten.

Anlage 2.1 [Finanz(un)wirksamer Antrag Nr. FU 041 der CDU-Fraktion]:

Der Ausschussvorsitzende schlägt für die CDU-Fraktion vor, den Antrag passieren zu lassen. Ratsfrau Dr. Flake kritisiert den Antrag der CDU-Fraktion und hält die dortige Forderung für einen "Strafzoll für politische Anträge". Man dürfe überdies nicht in die Finanzhoheit des Rates eingreifen.

Ratsherr Flake spricht sich für die SPD-Fraktion ebenfalls für ein Passieren des Antrages aus, da es noch einer weitergehenden Klärung offener Fragen zwischen den Fraktionen bedürfe. Dies könne bis zum FPA nachgeholt werden.

Ratsherr Dr. Büchs bittet die CDU-Fraktion, den Antrag zurückzuziehen und setzt sich alternativ dafür ein, den Antrag im Ausschuss abstimmen zu lassen.

Hr. Dr. Vollbrecht stellt die finanzielle Situation der Stadt aus seiner Sicht dar: ca. 800 Mio. € seien für den Haushalt 2017 vorgesehen, davon machten mit ca. 2 Mio. € die Anträge der Fraktionen einen vergleichbar geringen Anteil aus. Man müsse Verantwortung auch für die künftigen Generationen übernehmen und eine strenge Haushaltsdisziplin einhalten, um in einigen Jahren auf einen Ausgleich des Haushaltes hinzuarbeiten.

Fr. Dr. Hesse weist darauf hin, dass mit einer wie im CDU-Antrag vorgesehenen Einsparmaßnahme im Kulturbereich kulturelle Veranstaltungen wie z. B. der Lichtparcours nicht mehr stattfinden könnten.

Ratsherr Flake spricht sich für eine Einigung zwischen den Fraktionen nach den Fachausschuss-Beratungen im Januar 2017 aus.

Der Antrag wird daraufhin bei Gegenstimmen passieren gelassen.

Anlage 2.2 [Finanzunwirksamer Antrag Nr. FU 042 der FRAKTION P²]:

Ratsherr Hahn erläutert den Antrag und bittet die Verwaltung, im Haushaltsplanentwurf die beiden Vorjahre zu Vergleichszwecken einzufügen. Der Ausschussvorsitzende spricht sich dafür aus, den Antrag passieren zu lassen. Dieser Antrag wird bei Gegenstimmen abgelehnt.

Anlage 2.3 [Finanzunwirksamer Antrag Nr. FU 120 der BIBS-Fraktion]:

Frau Dr. Hesse weist darauf hin, dass es zwei Initiativen in Braunschweig gäbe, die eine Form der Erinnerung an die Euthanasieopfer schaffen wollen. Frau Dr. Boldt-Stölzebach teilt mit, dass es bereits erste Gespräche gab, beide Gruppen zusammen zu führen, um dem gemeinsamen Bemühen, ein nachhaltiges Gedenken voranzutreiben, Rechnung zu tragen. Nach kurzer Diskussion bringt Ratsherr Dr. Büchs folgenden Änderungsantrag ein:

Beschluss:

"Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Errichtung einer dauerhaften Form der Erinnerung in Erinnerung an die so genannten "Euthanasie"-Opfer im Dritten Reich und legt es den Gremien zu gegebener Zeit zur Beschlussfassung vor."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 7 Nein: 1 Enth.: 3

Mitteilung zu TOP 3.1:

Die der Mitteilung beigefügte Anlage wird in die Haushaltsvorlage integriert und mit zur Abstimmung gebracht.

Anlage 3.1 [Ergebnishaushalt – Anträge der politischen Gremien]

lfd. Nr. 44:

Ratsfrau Dr. Flake enthält sich aufgrund einer ihrer Auffassung nach bestehenden Mitwirkungsverbots der Abstimmung.

lfd. Nr. 94 (50, 51 und 98):

Ratsherr Flake bittet zukünftig um Aufnahme des Originalwortlautes des Antrages in die

Übersicht.

Nach der Aussprache wird über diese Nummer abgestimmt. Das Abstimmungsverhalten hat Auswirkungen auf die lfd. Nrn. 50, 51 und 98. In Konsequenz der Annahme des Antrages unter lfd. Nr. 94 wird der dort genannte Betrag von der Antragssumme der Fraktion DIE LINKE und der BIBS-Fraktion in Abzug gebracht. Nach kurzer Diskussion einigen sich die Fraktion DIE LINKE [Nr. 51] und die BIBS-Fraktion [Nr. 50] darauf, analog zu dem Antrag der SPD-Fraktion aufgrund der Abstimmung unter Nr. 94 eine Summe von 25.000 € zu beantragen.

lfd. Nr. 48:

Der thematisch passende Antrag der CDU (Nr. 127 NEU) wird ebenfalls unter der Nr. 48 behandelt.

Ratsherr Dr. Büchs weist darauf hin, dass die Mundartförderung wichtig sei, damit diese Sprache nicht verloren gehe. Man müsse die Vielfalt der Theater fördern. Fr. Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass der Verein Niederdeutsches Theater e. V. bereits in der Vergangenheit eine Kontinuitätsförderung erhalten habe, jedoch aufgrund zu hoher Rücklagen eine Fortsetzung der Förderung nicht möglich gewesen sei. Zwei Anträge auf Projektförderung seien nicht ausreichend begründet und daher vom Auswahlgremium Theater abgelehnt worden. Der aktuell eingereichte Antrag auf Kontinuitätsförderung sei aufgrund der angespannten Haushaltslage abgelehnt worden.

Hr. Dr. Vollbrecht führt aus: Um für den Verein die Möglichkeit zu schaffen, Mittel aus dem Bundesförderprogramm "360 Grad" zu erhalten, habe die CDU-Fraktion den vorliegenden Antrag eingebracht. Fr. Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass der im CDU-Antrag genannte Zeitraum von zwei Jahren nicht ausreiche, da für eine Förderusage im Rahmen des Bundesprogramms eine dauerhafte Förderung erforderlich sei. Ratsfrau Dr. Flake erläutert das Förderprogramm und hält dieses für das Niederdeutsche Theater für nicht einschlägig, da es eher auf die Veränderung von Kultureinrichtungen und damit einhergehende Transferprogramme ausgelegt sei. Es sollte eine Empfehlung an den Verein gegeben werden, einen Antrag auf Konzeptionsförderung zu stellen.

Ratsherr Dr. Büchs und der Ausschussvorsitzende sprechen sich dafür aus, die jeweiligen Anträge zum (Haushalts-)FPA passieren zu lassen und erbitten sich von der Verwaltung ergänzende Informationen. Ratsherr Flake vertritt die Auffassung, dass es denkbar sei, eine generelle Erhöhung des Ansatzes für Theaterförderung um die beantragte Summe vorzunehmen, jedoch damit keine verbindliche Zusage für das Niederdeutsche Theater zu verbinden. Fr. Dr. Hesse ergänzt, dass indes der Verein einen Antrag auf Konzeptionsförderung stellen könne, der Kosten- und Finanzierungsplan würde dann in Bezug auf die Möglichkeit einer Konzeptionsförderung noch einmal einer genaueren Überprüfung unterzogen werden.

Antrag Ausschussvorsitzender: CDU-Antrag zum FPA passieren lassen

Abstimmungsergebnis: Ja: 10 Nein: 0 Enth.: 1

Antrag Ratsherr Dr. Büchs: lfd. Nr. 48 passieren lassen zum FPA

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 4 Enth.: 0

lfd. Nrn. 49, 96, 97 und 121:

Diese Nummern werden zusammen abgestimmt.

lfd. Nrn. 50, 51 und 98:

siehe oben lfd. Nr. 94.

lfd. Nr. 52:

Ratsfrau Dr. Flake enthält sich aufgrund einer ihrer Auffassung nach bestehenden Mitwirkungsverbots der Abstimmung.

lfd. Nrn. 80, 81 und 110:

Nach kurzer Aussprache wird vorgeschlagen, die Anträge passieren zu lassen. Dieses wird bei Gegenstimmen beschlossen.

Über die Anlage 3.2 wird zusammengefasst abgestimmt.

Zu der Gesamtvorlage Nr. 16-03436 wird einstimmig beschlossen, diese passieren zu lassen.

Dem Haushaltsplanentwurf 2017 wird unter Berücksichtigung der sich aus den Anlagen 1 - 3 ergebenden Ansatzveränderungen zugestimmt.

Die Einzelabstimmungsergebnisse ergeben sich aus der Anlage zum Protokoll.

Die Gesamtvorlage wird mit "passieren lassen" entschieden:

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

3.1. Mehrbedarf für die Beteiligung an den Betriebskosten des Staatstheaters Braunschweig für das Haushaltsjahr 2017 und fortfolgende	16-03491
--	-----------------

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen. Die der Mitteilung beigefügte Anlage wird im Rahmen der Haushaltsvorlage in die Beschlussfassung einbezogen.

4.1. Mitteilungen der Verwaltung

4.1.1. Bilanz Lichtparcours Braunschweig 2016	16-03328
---	----------

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.1.2. Soziokulturelles Zentrum: Aktueller Sachstand 16-03418

Frau Dr. Hesse teilt ergänzend mit, dass der in der Mitteilung genannte Beurkundungstermin am 14.12.2016 vor dem Hintergrund, dass der neue Gesellschaftervertrag der WESTand GmbH nicht rechtzeitig fertig gestellt werden konnte, nicht stattgefunden habe. Ein neuer Termin sei für Januar 2017 vorgesehen. Indes sei zwischenzeitlich der Bauantrag eingereicht worden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.1.3. Sachstand: Weiteres Verfahren "Garten der Erinnerung - Rose- lies"

Frau Dr. Hesse teilt ergänzend mit, dass zur Vervollständigung der Unterlagen die E-Mail der Kulturverwaltung an die Deutsche Botschaft in Brüssel der Anlage zum Protokoll beigelegt werde. Zudem werde dem Protokoll die Stellungnahme des Bunds der Steuerzahler beigelegt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Bürgermitglied Herr Hanker hält die genannten Kosten für die zusätzliche Beleuchtung in Höhe von ca. 55.000 € für sehr hoch. Die Verwaltung sagt zu, die konkreten Zahlen vorzulegen.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Hahn teilt Frau Dr. Hesse mit, dass noch nicht sicher sei, ob es Filmaufnahmen geben werde und ob bzw. wie diese gespeichert werden. Nach Abschluss aller rechtlichen Prüfungen werde den politischen Gremien eine entsprechende Entscheidung mitgeteilt.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.1.5. Mündliche Mitteilung Frau Dr. Hesse: Forschungspreis 2016

Frau Dr. Hesse berichtet vom diesjährigen Forschungspreis und dem Bestreben der Verwaltung, künftig verstärkt im Wissenschaftssektor tätig zu werden. Auf Nachfrage teilt sie mit, dass ehemalige Preisträger, wenn möglich, eingeladen werden sollen. Der Ausschussvorsitzende hält es für ein wichtiges Signal an die Forschungslandschaft, in Braunschweig entsprechende Preise zu vergeben und Spitzenforschung zu betreiben.

5. Anträge

Es liegen keine schriftlichen Anträge zur heutigen Sitzung vor.

6. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen zur heutigen Sitzung vor.

Mündliche Anfrage von Frau Bürgermitglied Grumbach-Raasch

Frau Grumbach-Raasch erkundigt sich nach dem Stand des neuen Ausstellungskonzeptes für die Ausstellungshalle Hamburger Straße. Frau Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass es in der Ausschuss-Sitzung im März 2017 weitergehende Informationen geben werde.

Mündliche Anfrage von Ratsfrau Kaphammel

Ratsfrau Kaphammel erkundigt sich nach dem Stand der Planungen, ein Kunstwerk des Lichtparcours' (hier: die Solarkatze) in der Stadt zu behalten. Frau Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass es entsprechende Gespräche gäbe und eine Information an den Ausschuss erfolgen werde.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 17:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Vollbrecht
Vorsitz

Dr. Hesse
Dezernentin IV

Kösters
Schriftführung

Nichtöffentlicher Teil:

7. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

8. Mitteilungen

Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen im nicht-öffentlichen Teil vor.

9. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen im nicht-öffentlichen Teil vor.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 17:05 Uhr den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung, mithin die Gesamtsitzung.

Dr. Vollbrecht
Vorsitz

Dr. Hesse
Dezernentin IV

Kösters
Schriftführung

Von: Gerhard Lippert [<mailto:lippert@steuerzahler.de>]
Gesendet: Donnerstag, 15. Dezember 2016 13:09
An: Boldt-Stülzebach Dr. Annette 41.1
Betreff: Garten der Erinnerung/Ihre Antwort vom 06.12.2016

Sehr geehrte Frau Dr. Hesse,
sehr geehrte Frau Dr. Boldt-Stülzebach,

für Ihre sehr ausführliche Stellungnahme vom 6. Dezember 2016 möchten wir uns vielmals bedanken. Darin haben Sie unsere Fragen vollständig und schlüssig beantwortet. Wir sehen daher nach jetzigem Stand keine Veranlassung, den Fall weiter aufzugreifen.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und kommen Sie gut ins neue Jahr!

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Lippert
Volkswirt M.A.
Haushaltsreferent

Bund der Steuerzahler
Niedersachsen und Bremen e.V.
Ellernstraße 34
30175 Hannover

Telefon: 0511/515183-0
Telefax: 0511/515183-33
<http://www.steuerzahler-niedersachsen-bremen.de>

Leweke Birgit Dez. IV

Von: Hesse Dr. Anja Dez. IV
Gesendet: Freitag, 25. November 2016 15:57
An: Pol-10-di@brue.diplo.de
Betreff: Garten der Erinnerung in Braunschweig
Anlagen: Garten der Erinnerung - Kompromissvorschlag zum Standort.htm

Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrter Herr Rhein,

erlauben Sie, dass ich mich Ihnen zunächst vorstelle. Ich schreibe Sie in meiner Funktion als Kulturdezernentin der Stadt Braunschweig an. Im Rahmen meiner dienstlichen Aufgaben ist auch die Erinnerungsarbeit meinem Dezernat zugeordnet und im Zusammenhang mit diesem Komplex wende ich mich heute an Sie.

Es geht im Kern um eine geplante Erinnerungspartnerschaft zwischen der Gemeinde Aiseau-Prèsles in Belgien, zu der der Ortsteil Roselies gehört, und der Stadt Braunschweig. Die Stadt Braunschweig hat im Interesse der internationalen Aussöhnung durch Partnerschaft und aufgrund einer historischen Verbindung mit dem Ort Roselies eine Konzeption für einen sog. Garten der Erinnerung entwickelt und im September dieses Jahres, nach Durchlaufen der erforderlichen politischen Gremien, im Rat beschließen lassen. Die Umsetzung dieses Konzepts harrt allerdings der Umsetzung, weil eine Anwohnerinitiative diese derzeit verhindert.

Das Konzept sei hier kurz skizziert:

In Braunschweig ist eine Straße nach dem belgischen Ort „Roselies“ benannt, ohne, dass die Hintergründe für diese Namensgebung je hinlänglich hinterfragt worden sind. Namensgebend für diese Straße und schließlich auch für das Neubaugebiet aber ist eine von den Nationalsozialisten im Jahre 1938 errichtete Kaserne. Dass es sich bei dem Namen Roselies um einen jener Orte handelt, die Schauplatz der ersten verlustreichen Schlachten bei Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien war, war hier nicht bekannt und muss erläutert werden. Dies soll mit einem sog. Garten der Erinnerung unaufdringlich, und, eingepasst in bereits bestehende Grünflächenstruktur, geschehen. Diese Grünfläche, im Nutzungsplan nicht als Bolz- oder Spielplatz ausgewiesen, soll sehr zurückgenommen einige Elemente aufnehmen: eine abseits gestellte Tafel, Rosen und durch eine am Rand der Fläche geplante Anpflanzung belgischen Spalierobstes. Die Nutzung dieser Grünfläche als Bolzplatz für soll auch in Zukunft so bleiben. Darauf sind die sehr zurückgenommenen Planungen ausgerichtet.

Ich erläutere dieses eingangs, weil ich vor einigen Tagen eine Mail jener eingangs erwähnten Bürgerinitiative erhalten habe, die sich nunmehr mit ihrer Forderung den Garten nicht oder an anderer Stelle zu bauen, auf eine vermeintliche Äußerung Ihrerseits bezieht.

Konkret bezieht sich mein Anliegen auf die Aussage von Mitgliedern dreier Familien in einer E-Mail die an die politischen Fraktionen im Rat der Stadt Braunschweig, die ich dieser meiner mail angefügt habe. Dort heißt es: *„Ein solcher Platz (gemeint ist der Garten der Erinnerung) bedarf der Akzeptanz der Anwohner. Genauso wird es auch von dem Vertreter der deutschen Botschaft in Brüssel gefordert, der, wie uns zugetragen wurde, bei der Gedenkveranstaltung in Roselies zugegen war.“* Ihre Aussage als Vertreters der deutschen Botschaft wird in die aktuelle Diskussion in dem Sinne eingebracht, dass die konzeptionellen Planungen der Stadt Braunschweig für den Garten der Erinnerung zumindest hinsichtlich der angedachten Verortung zu verwerfen seien.

Im Zuge des Austausches mit dem Bürgermeister der Gemeinde Aiseau-Prèsles ist es 2015 und auch in diesem Jahr zum Besuch einer Braunschweiger Delegation zum Gedenktag im August gekommen, und da ich erfahren habe, dass Sie bei der Veranstaltung in diesem Jahr zugegen gewesen sind, ist es mir ein großes Anliegen, von Ihnen zu erfahren, ob Sie, wie in der anhängenden E-Mail beschrieben, zu der Frage des Gartens der Erinnerung in den Austausch mit der Delegation aus Braunschweig oder den Vertretern der ebenfalls anwesenden Fraktion der Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) getreten sind und ob Sie sich für eine Verlegung des Gartens der Erinnerung ausgesprochen haben. Für meine weitere Arbeit ist dies nicht

ganz unerheblich, zumal einem Wort eines Botschaftsvertreters bei den Feierlichkeiten dieser Dimension in Belgien auch von der Vertreterin von Herrn Oberbürgermeister Markurth eine gewichtige Rolle beigemessen wurde.

Ich bitte sehr um Verständnis für mein Anliegen, aber das Projekt „Garten der Erinnerung“ hat hier in der Stadt im Rahmen ihrer jahrzehntelangen Erinnerungsarbeit und ihrem Bestreben um Aussöhnung einen hohen Stellenwert. Daher hat sich die zuständige Fachverwaltung sehr intensiv und aus meiner Sicht mit hoher Sensibilität im Auftrag des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft um ein Konzept bemüht.

Ich hoffe sehr, dass Ihnen diese Überlegungen und Hintergründe bekannt sind resp. bekannt gemacht worden sind, als der angeführte Austausch im August stattgefunden hat. Erlauben Sie, dass ich meinen Ausführungen zu dem konzeptionellen Hintergrund noch hinzufüge, dass die Stadt Braunschweig die ihr aus historischen Ereignissen zugewachsene Aufgabe sehr gern angenommen und bewusst alle zu beteiligenden Gremien von dem zuständigen Stadtbezirksrat bis zum Rat eingebunden hat, ihre Vorschläge also wohl überlegt und gut vorbereitet hat. Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass auch der Bürgermeister von Aiseau-Presles mit positiver Erwartung dem Garten der Erinnerung entgegensieht.

Insofern wäre Ihre klärende Information zu der genannten Einschätzung, die Ihnen zugeschrieben wird, für das weitere Procedere in der Umsetzung für mich und für die Stadt Braunschweig von großer Bedeutung.

Ihrer Antwort sehe ich mit großer Erwartung entgegen und danke nochmals für Ihr Verständnis für diese Form der Kontaktaufnahme.

Gern wäre ich auch bereit, mit Ihnen in dieser Angelegenheit zu telefonieren.

Dr. Anja Hesse

ANLAGE 3.1

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2017		2018		2019		2020			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt FB 20 - Finanzen

	6	Privatrechtliche Entgelte													
44	1.11.1165.21	Verw. städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	AfD	Verdeckter Zuschuss Brunsviga Der Rat der Stadt möge beschließen, die nachfolgend genannten Institutionen im kommenden Haushaltsjahr nicht mehr mit verdeckten Zuschüssen in Höhe von € 116.100,- zu subventionieren. Es wird der Antrag gestellt, diesen dauerhaften verdeckten Zuschuss entsprechend der Wirtschaftlichkeitsbedingungen um mindestens 10% zu senken. Das Gemeinschaftshaus Brunsviga erhält - geplant - einen verdeckten Zuschuss (Verzicht oder Teilverzicht auf erzielbaren Erbbauzins) in Höhe von 116.100,- € p.a. zusätzlich zu den geplanten € 303.800,- pro Jahr.										dauerh.	341110 Mieten und Pachten
						+	11.600		+	11.600		+	11.600		Ergebnis AfKW: 1 / 9 / 0
94	1.11.1165.21	Verw. städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	SPD	Radio Okerwelle - Mieterlass Radio Okerwelle wird damit dem Bürgerfernsehen TV 38, das für den TV-Bereich ebenfalls eine Lizenz nach dem NLM besitzt, gleichgestellt.										dauerh.	341110 Mieten und Pachten
						-	11.800		-	11.800		-	11.800		Ergebnis AfKW: 5 / 0 / 6

Teilhaushalt Kultur- und Wissenschaft

	18	Transferaufwendungen													
48	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	BIBS	Zuschuss Niederdeutsches Theater e.V. Nach eigenen Angaben ist das Niederdeutsche Theater die zweitälteste Theatereinrichtung in Braunschweig, hat ca. 250 Abonnenten und führt normalerweise pro Spielzeit drei Produktionen auf. Um dem Theaterverein eine langfristige finanzielle Planungssicherheit zu garantieren, sollen nun die beantragten Fördermittel gewährt werden. Im Rahmen der städtischen Kontinuitätsförderung werden seit Jahren auch andere Theatereinrichtungen gefördert.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+	15.000		+	15.000		+	15.000		- passieren lassen -
49	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	DIE LINKE.	Zuschuss Theaterpädagogisches Zentrum (TPZ)										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+	4.500		+	4.500		+	4.500		Ergebnis AfKW: 7 / 2 / 2
96	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	SPD	Theaterpädagogisches Zentrum (TPZ) Das TPZ wurde 2013 gegründet und wird aktuell von 2014 bis 2016 mit 15.500 € gefördert. In den drei Jahren wurden über 100 Projekte durchgeführt mit dem Ziel, benachteiligte Kinder und Jugendliche zu unterstützen. Die Kontinuitätsförderung soll ab 2017 fortgesetzt werden. Der um 4.500 € erhöhte Förderbedarf erklärt sich aus der zeitlichen Begrenzung der Landesmittel und den unerwarteten Mehrkosten durch den Umzug in neue Räumlichkeiten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+	4.500		+	4.500		+	4.500		Ergebnis AfKW: 7 / 2 / 2

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2017		2018		2019		2020			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
97	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Theaterpädagogisches Zentrum (TPZ) Mit dieser leichten Erhöhung soll dem Antrag auf Kontinuitätsförderung des Vereins „Spielraum TPZ. Theaterpädagogisches Zentrum für Braunschweig und die Region“ entsprochen werden. In den Jahren 2014 bis 2016 bekam der Verein eine Konzeptionsförderung in Höhe von rund 15.000 € (2016 = 15.500 €), die aber mittlerweile u. a. wegen erhöhter Raumkosten nicht mehr auskömmlich ist. Das Theaterpädagogische Zentrum (TPZ) ist eine höchst sinnvolle Einrichtung, die Projekte für benachteiligte Kinder und Jugendliche durchführt und damit einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung leistet. Mit dem LOT-Theater e. V. verfügt das TPZ zudem über einen etablierten und professionellen Partner im Kulturbereich.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 4.500		+ 4.500		+ 4.500		+ 4.500		Ergebnis AfKW: 7 / 2 / 2
121	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	BIBS	Erhöhung Zuschuss Theaterpädagogisches Zentrum (TPZ) Da die strukturelle Förderung der LAGS zeitlich begrenzt war unddas TPZ zudem unerwarteterweise gezwungen war, in andere Räumlichkeiten zu ziehen undsomit erhöhte Raumkosten anfallen, soll Konzeptionsförderung auf 20.000,00 € erhöht werden..										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 4.500		+ 4.500		+ 4.500		+ 4.500		Ergebnis AfKW: 7 / 2 / 2
50	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	BIBS	Zuschuss Radio Okerwelle e.V. Seit nunmehr 19 Jahren besteht Radio Okerwelle als nichtkommerzielles Bürgerradio für die Stadt und Region Braunschweig. Die Berichterstattung ist ein wichtiger Bestandteil des Miteinanders in der Stadt. Zur Sicherstellung des Sendebetriebs und ihres satzungsgemäßen Auftrages benötigt Radio Okerwelle eine dauerhafte städtische Förderung.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							40.000 NEU: 25.000		40.000 NEU: 25.000		40.000 NEU: 25.000		40.000 NEU: 25.000		Ergebnis AfKW: 8 / 0 / 3
51	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	DIE LINKE.	Zuschuss für Radio Okerwelle										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							40.000 NEU: 25.000		40.000 NEU: 25.000		40.000 NEU: 25.000		40.000 NEU: 25.000		Ergebnis AfKW: 8 / 0 / 3
98	1.25.2811.09	Kontinuitätsförderung sonst. Kulturpfl.	SPD	Radio Okerwelle Für den Trägerverein von Radio Okerwelle wird im Haushaltsplan dauerhaft ein jährlicher Förderbetrag in Höhe von 25.000 € eingestellt (Kontinuitätsförderung). In Niedersachsen gibt es 15 gemeinnützige und nichtkommerzielle Bürgersender (Hörfunk und/oder TV). In Braunschweig. Nach dem Niedersächsischen Mediengesetz (NLM) müssen die Bürgersender drei zentrale Aufgaben erfüllen: Sie müssen 1. die lokale und regionale Berichterstattung sowie das kulturelle Angebot ergänzen, 2. allen Bürgerinnen und Bürgern, die Interesse haben, die aktive Mitarbeit am Programm ermöglichen und 3. Medienkompetenz vermitteln. Im Interesse lokaler publizistischer Ergänzung und programmlicher Kontinuität muss jeder Bürgersender also sowohl ein gestaltetes Programm mit lokaler Information erbringen als auch interessierten Bürgern die Möglichkeiten bieten, selbst produzierte Beiträge und Sendungen eigenverantwortlich zu verbreiten. Damit verbindet sich auch die Aufgabe, medienpädagogische Angebote vorzuhalten.In Braunschweig hat Radio Okerwelle seit 1996 eine Lizenz nach dem NLM. Seit 2002 sendet es im Regelbetrieb. Bisher hat Radio Okerwelle von der Stadt Braunschweig regelmäßig Projektfördermittel erhalten. Diese Projektförderung soll auf eine Kontinuitätsförderung umgestellt werden.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		Ergebnis AfKW: 8 / 0 / 3

ANLAGE 3.1

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2017		2018		2019		2020			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
52	Diverse		AfD	Aufhebung von Zuschüssen Der Rat der Stadt möge beschließen, die nachfolgend genannten Institutionen im kommenden Haushaltsjahr nicht mehr mit Zuschüssen zu versorgen, und die entsprechenden Haushaltseinträge auf Null zu setzen. Die städtischen Zuschußbeträge erreichen im nächsten Jahr ein Gesamtvolumen von über 72 Millionen Euro. Zur Zeit ist nicht zu erkennen, ob und in welchem Maße diese Zuschüsse im Einzelnen wirtschaftlich vertretbar sind. Der Nachweis dieser Vertretbarkeit ist vor allem bei den hier aufgelisteten Zuschußbeziehern notwendig: 1.25.2511.09 Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. 1.25.2511.09 Gedenkstätte für Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, BS-Friedhöfe 1.25.2522.09 Kunstverein Braunschweig 1.25.2522.09 Bund Bildender Künstler 1.25.2522.09 Jugendkunstschule buntich 1.25.2522.09 Allgemeiner Konsumverein 1.25.2522.09 Internationales Filmfest Braunschweig 1.25.2610.09 LOT-Theater 1.25.2733.09 Brunsviga Friedenszentrum DRK-Kaufbar 1.25.2811.10 Projekt- und Konzeptionsförderung sonstige kult. Projekte 											

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2017 in €		2017		2018		2019		2020			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
110	Diverse		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich / Wiedereinsetzung der Dynamisierung 1. Die 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich) wird 2017 wieder eingesetzt. 2. Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2017 pauschal um 3 % erhöht. 3. Für die Folgejahre wird im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren erarbeitet, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelne Fallgruppen ausgeht. Im Haushaltsjahr 2014 konnte die langjährige Diskussion um eine regelmäßige bedarfsgerechte Anpassung von Zuschüssen für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich endlich positiv beendet werden. Auf Beschluss des Rates erhielten die Freien Träger in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 durch die sogenannte Dynamisierung der Zuschüsse eine größere Planungssicherheit. Im Haushaltsjahr 2016 wurde diese Errungenschaft vorübergehend ausgesetzt – zunächst nur für ein Jahr. Die Verwaltung hat nun vorgeschlagen, die Dynamisierung in den nächsten drei Haushaltsjahren weiter auszusetzen - 2017 und 2018 vollständig, 2019 in halber Höhe. Im Sinne der geförderten Einrichtungen, die zum Teil sogar kommunale Pflichtaufgaben im Auftrag der Stadt erfüllen, sollte diesem Verwaltungsvorschlag nicht gefolgt werden. Stattdessen sollte die Dynamisierung 2017 wieder vollständig eingesetzt und zusätzlich vereinfacht werden.Das bisherige Verfahren mit Einzelfallberechnung für jeden Zuschussempfänger ist zu aufwendig und führt zu keiner größeren Gerechtigkeit als ein pauschaliertes Verfahren, da bei fast keinem Zuschussempfänger 100 % seines Gesamthaushaltes finanziert werden. Es ist deshalb sinnvoll, ein vereinfachtes Verfahren zu entwickeln, wobei immer noch die Werte der gemeinsamen Landeskommision als Basis zugrunde gelegt werden sollten.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 180.000		+ 360.000		+ 450.000		+ 450.000		- passieren lassen -

127 NEU	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	CDU	Kontinuitätsförderung für das Niederdeutsche Theater Braunschweig e. V. für 2 Jahre										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 6.000		+ 6.000		0		0		- passieren lassen -
	18	Transferaufwendungen													

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Veränderungen in €										Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				Planansatz 2017 in €		2017		2018		2019		2020			
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft

	18	Transferaufwendungen		9.889.000		0	390.000	0	399.000	0	399.000	0	399.000		
--	----	----------------------	--	-----------	--	---	---------	---	---------	---	---------	---	---------	--	--

	1.25.2610.08	Staatstheater		Zahlungsverpflichtung aus dem Staatstheatervertrag Die Höhe des Betrages ergibt sich aus einer Nachzahlungsverpflichtung für das Jahr 2015 (197.000 €) sowie höheren Erstattungen für die Jahre 2017 (193.000 €) und 2018 (399.000 €), die sich aus dem Haushaltsplanentwurf des Landes für diese Jahre ergeben.										dauerh.	431110 Zuweisung an das Land
							+ 390.000		+ 399.000		+ 399.000		+ 399.000		Ergebnis AfKW: 10 / 0 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen Umbau Petzvalstraße 50 b als Depoträume											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			31.000		31.000	0	0	0	0	
	4S.210042	Global-Instandhaltung Kulturinstitut									
			bisher	402.000	367.000	35.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 31.000 € für die Herrichtung der Räumlichkeiten "Petzvalstraße 50 b (OG, Raum 23.2)" als Depotflächen für das Städtische Museum; mit der Herrichtung der Räumlichkeiten könnten die Depotflächen um 200 qm erweitert werden; die Herrichtung der Räumlichkeiten beinhaltet die Abtrennung eines Raumes, die Erneuerung der Beleuchtung, Brandschutzmaßnahmen, die Einr. einer Einbruchmeldeanlage, etc Ergebnis AfKW: 11 / 0 / 0
			neu	433.000	367.000	66.000	0	0	0	0	
			Veränderung	<u>31.000</u>		<u>31.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	
Beleuchtung Gedenkstätte Schillstraße											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			55.000		55.000	0	0	0	0	
	4S.210042	Global-Instandhaltung Kulturinstitut									
			bisher	402.000	367.000	35.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 55.000 € für die Beleuchtung der Gedenkstätte Schillstraße aus Anlass der Schmierereien an der Gedenkstätte im Frühjahr 2016 (Anbringung einer Unterflur-Mauernstrahlung - auf städt. Grund und Boden) Ergebnis AfKW: 11 / 0 / 0
			neu	457.000	367.000	90.000	0	0	0	0	
			Veränderung	<u>55.000</u>		<u>55.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 - Kultur											
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			20.000		20.000	0	0	0	0	
	5S.410013	Global Sachanlagen FB 41 intern									
			bisher	171.500	79.500	41.000	5.000	41.000	5.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 8.000 € für Holzunterstände für "BS-International" (Abt. Literatur und Musik); vier der alten Präsentationsstände aus der Erstausrüstung von 2006 sind abgängig und sollen ausgetauscht werden
			neu	179.500	79.500	49.000	5.000	41.000	5.000	0	
			Veränderung	8.000		8.000	0	0	0	0	
											Ergebnis AfKW: 11 / 0 / 0
	5S.410013	Global Sachanlagen FB 41 intern									
			bisher	171.500	79.500	41.000	5.000	41.000	5.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Bühnenbeleuchtung Roter Saal in Höhe von 12.000 €; Umstellung der alten Beleuchtungstechnik aus dem Jahre 2001 auf LED-Technik (Gründe: Energieeinsparung und längere Lebensdauer).
			neu	183.500	79.500	53.000	5.000	41.000	5.000	0	
			Veränderung	12.000		12.000	0	0	0	0	
											Für die Maßnahme können Mittel beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beantragt werden, das seit 2008 Projekte fördert, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausemissionen leisten. Für derartige Umrüstungen können Zuschüsse von bis zu 30% gewährt werden.
											Ergebnis AfKW: 11 / 0 / 0

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle

Produkt

diverse

Ergebnis AFKW
- passieren lassen -

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017

Überschrift

Politische Schwerpunktsetzung bei vorsorgeorientierter Haushaltspolitik

Beschlussvorschlag

Als Kompensation für ergebniswirksame Haushaltsanträge werden für jeden Euro, der zusätzlich durch Anträge der Ratsfraktionen in den Ergebnishaushalt eingestellt wird, zwei Euro aus den ergebniswirksamen Haushaltsansätzen gestrichen.

Begründung

Nach einer mehrmonatigen Debatte, welche im Frühjahr mit den Haushaltsberatungen ihren Ausgang nahm, wurde im Juni mit breiter Mehrheit ein Ratsbeschluss gefasst, welcher den stufenweisen Abbau des strukturellen Defizits im städtischen Haushalt vorsieht. Dies wurde seitens der Verwaltung mit rund 15 Millionen Euro beziffert, im aktuellen Entwurf des Haushaltsplanes geht man für das kommende Jahr sogar von einem Defizit von rund 30 Millionen Euro aus.

Es bedarf also einer erheblichen Anstrengung, um die strukturelle Lücke im Ergebnishaushalt der Stadt zu schließen. Die Verwaltung hat dabei einen zurückhaltenden, wenn auch respektablen Vorschlag gemacht: im Finanzplanungszeitraum bis 2020 soll jedes Jahr eine zusätzliche Million strukturelle Verbesserung erwirtschaftet werden. Übergangsweise soll in 2017 mit der sogenannten Rasenmäher-Methode gearbeitet werden. Ab dem Haushalt 2018 soll auf den Ergebnissen einer systematischen Überprüfung der Aufgaben und Standards aufgesetzt werden, welche weitere Einsparpotenziale aufzeigen soll.

Es besteht jedoch trotz des strukturellen Defizits die Notwendigkeit, gezielt politische Schwerpunkte setzen zu können. Die CDU-Fraktion hält es für sinnvoll und möglich, auf die vorgeschlagene Weise den Spagat zwischen Ausgabendisziplin und politischen Prioritätensetzungen zu schaffen.

Unterschrift

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle

Produkt

diverse

Ergebnis AfKW

5/0/6

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017

Überschrift

Kennzahlenangabe mit 3 Ist-Werten

Beschlussvorschlag

„Die Angabe von Kennzahlen wird ab dem Haushalt 2018 mit drei Ist-Werten erfolgen - sofern diese vorhanden sind.“

Begründung

Anderenfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.

Unterschrift

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Kultur und Wissenschaft

Produkt

Ergebnis AFKw
In Form des Änderungsantrags beschlossen
7/1/3

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017

Überschrift

Denkmal "Grauer Bus"

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur ~~Umsetzung der von den Künstlern des "Grauen-Busses" eingereichten Vorschläge~~ zur Errichtung eines dauerhaften Denkmals in Erinnerung an die so genannten "Euthanasie"-Opfer im Dritten Reich und legt es den Gremien zur Beschlussfassung vor.

in Form der

zu gegebener Zeit

Begründung

2015 gastierte das mobile Denkmal für die "Euthanasie"-Opfer des Nationalsozialismus auf dem Vorplatz des ECE-Einkaufszentrums (vor dem Eingang zum Kulturinstitut). Im Anschluss an die Gedenkfeierlichkeiten regten die Künstler an, ein dauerhaftes Denkmal auch in Braunschweig zu errichten und präsentierten der Verwaltung mehrere mögliche Realisierungsvarianten. Diese Vorschläge sollen nun aufgearbeitet, geprüft und eine Variante den Gremien zum Beschluss vorgelegt werden.

gez. Dr. Dr. Wolfgang Büchs

Unterschrift